

# Thorner Presse.



## Abonnementspreis

für Thorn und Borkstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig, in der Expedition und den Ausgabestellen 1,50 Mk. vierteljährlich, 50 Pf. monatlich; für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.

## Ausgabe

täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

## Redaktion und Expedition:

Katharinen- u. Friedrichstr.-Ecke.

Telegraphisch-Anschluß Nr. 57.

## Insertionspreis

für die Beispaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn, Katharinen- u. Friedrichstr.-Ecke, Annoncen-Expedition „Zwalbendank“ in Berlin, Paalenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen andern Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächste Ausgabe der Zeitung bis 2 Uhr nachmittags.

N<sup>o</sup>. 19.

Sonnabend den 23. Januar 1897.

XV. Jahrg.

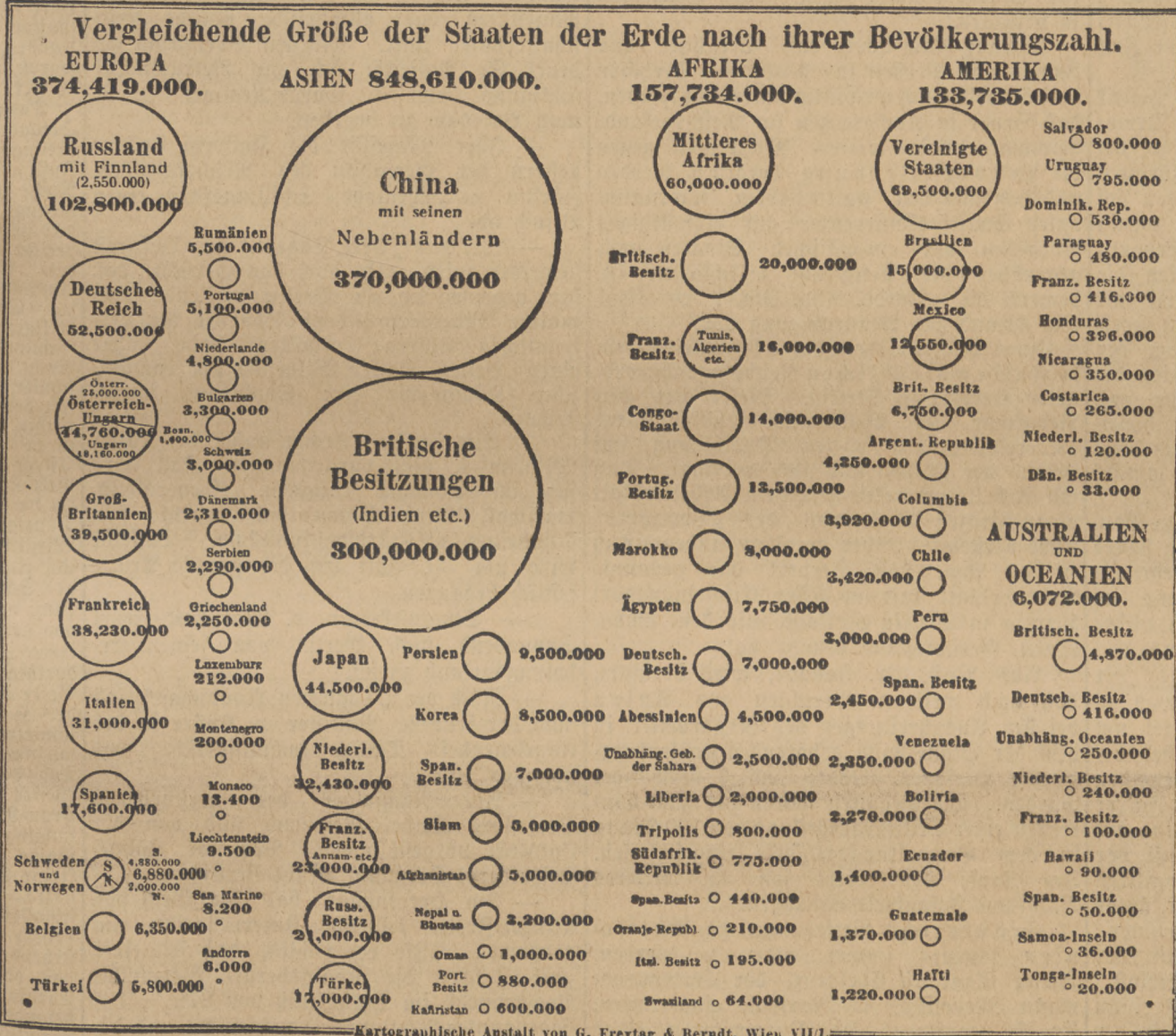
## Die Staaten der Erde nach ihrer Bevölkerungszahl.

(Nachdruck verboten.)  
Als eine passende Ergänzung zu unserem letzten Diagramm über die Flächengröße der Staaten bieten wir heute eine weitere schematische Darstellung aus Prof. Siekmann's geogr.-statist. Universal-Laschen-Atlas, aus der sich die Bevölkerungsziffer der Staaten in übersichtlicher Weise ergibt. In Europa hat Rußland natürlich die größte Ziffer aufzuweisen mit rund 103 Millionen Menschen. Während ihm Deutschland bezüglich der Flächengröße erst in vierter Reihe folgt und in dieser Hinsicht von Oesterreich-Ungarn und von der schwachbevölkerten skandinavischen Halbinsel übertroffen wird, steht es ihm in der Unterthemenzahl am nächsten. Es hat, obgleich es an Areal nur den zehnten Teil des gewaltigen Nachbarn im Osten aufzuweisen hat, doch ungefähr halb so viel Bewohner wie jener und circa acht Millionen mehr als das ihm verbündete, nach ihm folgende Oesterreich-Ungarn mit seinen 44.760.000 Staats-Angehörigen. Italien mit 31 Millionen steht an sechster, Frankreich, das etwa eine Million Einwohner weniger zählt als England, mit über 38 Millionen an fünfter Stelle. Die Kopfhaltverhältnisse zwischen dem Zweibund und dem Dreibund sind für den letzteren nicht allzu bedrohlich. Ersterer hat bei etwa 14 Millionen Köpfen rund 14 Millionen mehr, und in Hinsicht auf voll ausgebildete Soldaten hat der Dreibund, besonders durch Deutschlands Wehrverhältnisse, sogar in gewisser Hinsicht das „Prae“, wie wir in einem späteren Artikel sehen werden. Auffällig erscheint beim Blick auf diese Zahlen, wie schlecht bevölkert das einst so blühende Spanien gegenwärtig ist; es zählt nur eine Bevölkerung von circa 17 1/2 Millionen Seelen.  
Für das Spektakel, das der „kranke Mann“ in Europa fortgesetzt veranstaltet, ist er

ungemein zwerghaft, denn die europäische Türkei hat noch nicht 6 Millionen Bewohner, zählt also kaum mehr als Rumänien oder Portugal, welche sich beide im Völkerkonzert

pyrenäische Republik Andorra die wenigsten Staatsbürger, nämlich nur 6000; sie theilt sich aber mit San Marino und Lichtenstein in die Ehre, zu unterst auf der Staatenbank

zählt mit 370 Millionen Söhnen des himmlischen Reiches ungefähr so viel Köpfe, als ganz Europa aufzuweisen hat; ihm folgt in Asien alljogleich England mit 300 Millionen, wie denn unter dem Scepter der Königin Viktoria in allen Welttheilen etwa so viel Menschen stehen, wie ihrer Europa aufweist. John Bull kann also dem Kaiser von China als einem ihm in dieser Hinsicht Ebenbürtigen die Hand reichen. Daß es aber weder die Länder-, noch die Bevölkerungsmasse allein thut, hat Japan, das doch gegen seinen Widerwärtigen verhältnismäßig kleine Inselreich, bewiesen, als es mit seinen 44 1/2 Millionen Chrysantemumberehren siegreich gegen China mit mehr als achtmal so viel Unterthanen blieb. Die höhere Kultur, die höhere Intelligenz, die Energie und der Fortschritt bleiben überall Sieger, nicht nur im fernen Ostasien. Dort haben sich übrigens auch die Franzosen die orientalische Weichlichkeit ordentlich zu Nütze gemacht. Ihre anamitischen Besitzungen zählen 23 Millionen Köpfe, noch zwei Millionen mehr, als Rußland in seinem ungeheuren asiatischen Besitz zählt.  
Daß räumliche Ausdehnung und Wohnbarkeit zwei sehr verschiedene Dinge sind, das wird uns beim Blick auf Amerika klar. Das englische Niesengebiet nördlich der Vereinigten Staaten, größer wie diese selber, weist noch keine 7 Millionen Menschen auf; aber auch die fruchtbaren, tropischen Länder sind oft genug sehr dünn bevölkert. So zählt der deutsche Besitz in der Südsee, fast halb so groß als Deutschland selber, nur 416.000 Seelen, und der ganze britische Besitz im australischen Welttheil, dessen Kontinent ihm doch ganz allein zugehört, kaum sechs Millionen. Dagegen erscheint, auch im Verhält-



Kartographische Anstalt von G. Freytag & Berndt, Wien VIII.

weit stiller verhalten. Nun, mit Kranken muß man am Ende Geduld haben, denn sie haben immer viel zu bestellen.

Von den 24 europäischen Staaten, unter denen der Bundesstaat Deutschland natürlich als Einzelstaat angenommen ist, hat die

zu sitzen und weniger als 10.000 Seelen zu haben.

Die gewaltige Größe Asiens geht auch jogleich aus den Größenkreisen hervor, welche unser Diagramm für die asiatische Bevölkerung vorsehen. China, das bevölkertste Land,

nitz zu seiner Größe, Afrika trotz seiner ausgedehnten Wüsten fast reich bevölkert; mehr Menschen, als ganz Australien und Ozeanien zählt, sind dort dem Deutschen Reiche unterthan, nämlich 7 Millionen schwarze Mitbürger.

## Die Beilichendame.

Roman von Carl Görlig.

(Nachdruck verboten.)

(18. Fortsetzung.)

Endlich hielt der Wagen wieder vor dem Hause. Die Herren empfahlen sich an der Haustür; auch der Assessor konnte der vorgeückten Stunde wegen nicht mehr zu seiner Braut hinausgehen, um sich wegen seines heutigen Ausbleibens zu entschuldigen.

Als die Gräfin in ihre Zimmer getreten war und die Lichter auf dem Armleuchter aufflammten, fiel ihr ein kleiner Brief in die Augen, welcher auf dem Sophatische des Ecklons lag.

Das Rouvert trug ihren Namen.

Sie öffnete dasselbe. Es enthielt kein Schreiben, sondern nur eine geschäftliche Adresskarte; die Gräfin suchte zusammen, als sie sie las, und es wäre schwer gewesen, zu bestimmen, ob die Erregung, welche sie erbeben ließ, eine freudige oder eine unangenehme war.

Die auf der Adresskarte enthaltene Schrift hatte folgenden Wortlaut:

„Das Bankgeschäft von Friedrich Ortman erwidert sich zum An- und Verkauf von Aktienbesitzer Art, Einlösen von Coupons und Wechseln jeder Münzsorte.“

„Endlich,“ murmelte sie, als sie gelesen hatte, „ich hab's also erreicht und seine Aufmerksamkeit auf mich gezogen. Er kam mir zuerst entgegen; nun kann es seinen Argwohn nicht erwidern, wenn ich ihm meinen Besuch machen werde!“

Sie warf die Karte auf den Tisch zurück, besann sich aber, ergreiff sie wieder und legte

sie dann in jene Schublade ihres Schreibtisches, welche seit dem Tage ihrer Ankunft den geladenen Revolver verbarg.

Mehrere Tage waren vergangen. Der Zauber des Frühlings machte sich selbst in den kolossalen Häuserreihen der Residenz immer mehr geltend. Aus den braunen Knospen der alten Kastanienbäume, welche die Straßen noch hier und da schmückten und den Pferdebesahnanlagen noch nicht zum Opfer gefallen waren, quollen lichtgrüne Blätter hervor. In den kleinen Vorgärten der Häuser blühten farbenprächtige Hyazinthen und Tulpen, während die auf den öffentlichen Plätzen befindlichen Fliedersträucher sich ebenfalls mit knospenden Blütendolden bedeckt hatten.

Auch in der Wohnung der Frau Lessing herrschte Frühlingstimmung, namentlich bei ihr selbst. Sie war glücklich, eine solche Mietherin wie die Gräfin Schönmark gefunden zu haben.

Die Gräfin lebte so ruhig und zurückgezogen, daß Frau Lessing so gut wie gar nichts von ihr hörte, noch viel weniger durch sie geniert worden wäre, was die Bedienung anbetraf, da die Ansprüche der Gräfin gering waren.

Außer den beiden Freunden empfing die Dame auch keine weiteren Besuche, sie lebte wie eine Einsiedlerin.

Kurt von Below und der Assessor pflegten stets gleich nach der Table d'hôte in das Haus der Frau Lessing zu kommen. Ersterer begab sich immer direkt in die Salons der Gräfin, während letzterer, wie es sich vor selbst verstand, zuerst seine Braut aufsuchte,

gewöhnlich aber sehr bald seinem Freunde in die vorderen Zimmer folgte.

Die Gräfin behandelte beide Herren mit derselben Liebenswürdigkeit; sie freute sich augenscheinlich, sie bei sich zu sehen, war ihnen aber niemals wieder an die Table d'hôte des Hotels de France gefolgt, sondern speiste einsam zu Hause. Sie hatte nachträglich Frau Lessing ersucht, die Beforgung des Mittagessens für sie zu übernehmen. Es wurde der Gräfin stets in ihrem Salon servirt zu derselben Zeit, wo auch Frau Lessing und Helene in ihrem Zimmer speisten.

Diese ruhige Hausordnung war nur einmal gestört worden, und zwar durch die Majorin von Weller. Diese hatte kaum erfahren, daß die Gräfin von Schönmark Hausgenossin der Frau Lessing geworden war, als sie auf der Stelle zu letzterer geeilt und große Bedenkllichkeiten hatte laut werden lassen über Frau Lessings Unvorsichtigkeit, wie sie es nannte, an eine einzelne Dame zu vermieten. Noch dazu an eine Dame, über deren jugendliche Schönheit die ganze Nachbarschaft bewundernd sprach, eine Schönheit, von der sie sich selbst überzeugt, als sie von der Straße aus die Gräfin am Fenster erblickt hatte.

Alle Bemühungen der neugierigen und schwabhaften Majorin, zu der Gräfin zu dringen, waren vergeblich gewesen. Als sie durch Frau Lessing sich vorstellen lassen wollte, hatte die Gräfin zwar artig, aber doch sehr bestimmt geantwortet, daß sie keine Bekanntschaften zu machen wünsche.

Die Majorin war außer sich gewesen. „Also keine Bekanntschaften,“ hatte sie ge-

Wohl nur, weil ich eine Frau bin? Denn, wie ich unterrichtet bin, empfängt sie ja doch den Verlobten von Fräulein Helene und dessen Freund, den Herrn von Below, und zwar täglich, wie ich drüben von der Inhaberin der Konditorei erfahren habe; ausgegangen ist sie mit den Herren ja auch schon; ei, ei, das läßt doch recht wundersame Gedanken bei mir erwachen!“

Frau Lessing hatte auf diese etwas gehässigen Aeußerungen der Majorin dieser die polizeilich unterstempelte Anmeldung der Gräfin gezeigt und hinzugefügt, daß sie selbst diese Anmeldung besorgt und dabei von dem Polizei-Lieutenant mit ganz besonderer Artigkeit behandelt worden sei, was doch gewiß nicht geschehen wäre, wenn auch nur die geringste Bedenkllichkeit gegen den Aufenthalt der Gräfin vorgelegen hätte.

Darauf hatte nun die Majorin allerdings schweigen müssen und hatte sich bei Frau Lessing nicht mehr sehen lassen. Dafür saß sie jetzt stundenlang in der gegenüberliegenden Konditorei und beobachtete von dort die Fenster, hinter welchen die Gräfin wohnte, aber nichts Auffälliges ließ sich entdecken; die Gräfin war in den letzten Tagen überhaupt gar nicht mehr an den Fenstern sichtbar gewesen.

Frau Lessing hatte die boshaften Bemerkungen der Majorin längst vergessen, nicht so Helene, welche bei dem Besuch der Frau von Weller gegenwärtig gewesen war; in ihrer Seele blieb ein Stachel des Argwohns gegen die Gräfin zurück, wenn sie auch mit keinem Worte, weder gegen ihre Mutter noch gegen ihren Verlobten verrieth, was in ihrer Seele vorging. (Fortsetzung folgt.)







# Beilage zu Nr. 19 der „Thorner Presse“.

Sonnabend den 23. Januar 1897.

## Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 21. Januar. 11 Uhr.

Vizepräsident Freiherr von Mantuffel eröffnet die Sitzung, indem er die Mitglieder zum neuen Jahre begrüßt und seine Freude darüber ausdrückt, daß die Mitglieder so zahlreich erschienen seien, wie er es noch nie gesehen habe. (Seiterkeit.) Er wünscht, daß dies in Zukunft stets so sein möge. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes, Heinrich XIII., Prinzen zu Reuß i. L., ehrt das Haus in üblicher Weise. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Präsidentenwahl. Abgegeben werden 214 Stimmzettel, von denen zwei unbeschrieben sind. Stimmen erhalten: Fürst zu Wied 118, Herzog von Ratibor 94.

Fürst zu Wied ist somit zum ersten Präsidenten des Herrenhauses gewählt und nimmt die Wahl an.

Eine Petition um Bau einer Sekundärbahn von Schlochau oder Konitz nach Reinfeld an der Bahnlinie Stolp-Neustettin wird der Regierung als Material überwiesen. Eine Petition um Ergänzung des § 2 des Jagdpolizeigesetzes dahin, daß auch Schienenwege als den Zusammenhang von sonst selbstständigen Jagdbezirken nicht unterbrechend anzusehen sein sollen, beantragt die Kommission der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Hierzu liegt ein Abänderungsantrag des Grafen zu Zim- und Knypshausen vor, der zu den verschiedenen territorialen Jagdgesetzen einen Zusatz machen will, wonach zu den Wegen auch Schienenwege und Eisenbahnkörper zu rechnen sein sollen.

Nachdem der Antragsteller seinen Antrag aus wirtschaftlichen und politischen Gründen empfohlen hat, spricht sich der Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein-Loxten dahin aus, daß er nicht in der Lage sei, im Namen der Staatsregierung bindende Erklärungen abzugeben, daß aber seiner Meinung nach der Antrag des Grafen zu Zim- und Knypshausen den richtigen Weg einschlage und zur Beseitigung der Mißstände geeignet sei. Auch der Minister des Innern sei derselben Ansicht. Er empfehle daher den Antrag zur Annahme.

Nachdem sich auch Graf Kirchbach für den Abänderungsvorschlag ausgesprochen hat, wird dieser in einmaliger Schlußberatung mit großer Mehrheit angenommen.

Eine Petition um sofortige Ausbaggerung der Rheimüherbucht in Meringgen wird nochmals in die Kommission zurückverwiesen.

Am Schluß der Sitzung spricht der Präsident zum ersten Vizepräsidenten Freiherrn von Man-

tuffel den Dank des Hauses für seine Leitung der Geschäfte aus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Vereidigung eines neu eingetretenen Mitgliedes; Volksschullehrerbefoldungsgesetz; Petitionen.

## Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung am 21. Januar 1897. 11 Uhr.

Am Regierungstische: Dr. Miquel, Schönstedt, Dr. Boffe, Frhr. v. d. Recke und Bresseld.

Das Haus beendete heute die erste Berathung des Etats und des Richterbefoldungsgesetzes.

Abg. Brandenburg (Ctr.) spricht über die Befoldungsveränderungen und empfiehlt, da es sich nicht in erster Linie um eine Finanzangelegenheit handle, sie einer besonderen Kommission zur Vorberathung zu überweisen. Die Gleichstellung der Justiz mit den Verwaltungsbeamten sei eine Ehrensache.

Abg. v. Buttkamer-Blauth (Konj.) führt aus, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten seine Partei weder formell noch materiell befriedigt habe und das Ansehen der Regierung nicht festigen könne. Der Redner weist die Angriffe, welche die freisinnige Presse gegen die Konservativen wegen ihres Vorgehens gegen die Börse erhoben hat, zurück. Sie kämpften nicht allein für die Landwirtschaft, sondern auch für die mittleren Gewerbe und das Handwerk. Mit dem realen Kaufmannstande werde sich die Partei gern auf dem Boden des Börsegesetzes vereinigen, mit dem Joberthum aber wolle sie nichts zu thun haben.

Abg. Hintelen (Ctr.) ist mit den Einzelheiten der Befoldungsetatirungen, namentlich für die Richter, nicht zufrieden und verlangt sorgfältige Prüfung in der Budgetkommission, ohne Rücksicht auf das Zustandekommen des Etats.

Geh. Oberfinanzrath Belian weist nach, daß die Räte der Oberlandesgerichte in der Folge wieder den Regierungsräthen in den Gehaltsverhältnissen gleichstehen würden.

Abg. Gamp (freikons.) hebt hervor, daß die mittleren und unteren Beamten vom Staate besser besoldet würden, als dies in der Privatindustrie der Fall sei, empfiehlt Unterstützungsfonds einzurichten, aus denen Beamte in Nothfällen Darlehen entnehmen könnten, anstatt den Bucherern in die Hände zu fallen, und rechtfertigt die Zuziehung von Landwirthen zu den Produktenbörsen, indem er die Börzenzustände auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen beleuchtet, um damit den Abg. Richter zu widerlegen. Die Frage, ob Privatbörsen zulässig seien, werde am besten vom Oberverwaltungsgericht entschieden.

Auf die Bemerkung des Abg. Kirch (Ctr.), daß es besser gewesen wäre, wenn der Finanzminister die Einzelheiten des Befoldungsetats den Ressortministern überlassen hätte, erwidert Finanzminister Miquel, daß seine Mitwirkung für das Zustandekommen des notwendigen Kompromisses notwendig gewesen sei, und verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen die Annahme, daß er dem Richterstande keine entsprechende Werthschätzung entgegenbringe. Wenn ein Regierungsassessor sich mehr dünke als ein Gerichtsassessor, so sei das eine vollständig deplazirte Auffassung.

Abg. Gothein (freis. Ver.) führt aus, daß der Handelsstand in seiner Gesamtheit durch das Börsegesetz und durch die Angriffe der agrarischen Seite sich in seiner Ehre gekränkt fühlen müsse. Wie dringlich die Wahlreform sei, beweise die Zusammenfügung des Hauses, welche der Vertheilung der Stände und Berufsarten im Lande durchaus nicht entspreche. In den Etats der Staatsbetriebe sei bei den Einnahmen die steigende Konjunktur, in der wir uns befänden, nicht genügend berücksichtigt. Die Budgetkommission werde in die Befoldungsaufbesserungen mehr Einheitlichkeit bringen müssen.

Handelsminister Bresseld stellt fest, daß die Vorbereitungen zur Ausführung des Börsegesetzes von der Regierung rechtzeitig getroffen worden seien. Ueber die freien Vereinigungen, welche sich an Stelle der Produktenbörsen gebildet hätten, über ihre Zusammenfügung und die Art ihres Geschäftsbetriebes seien Erhebungen im Gange. Stelle sich heraus, daß sie als Privatbörsen anzusehen seien, so werde die Regierung ihnen gegenüber auf ihrem Genehmigungsrecht bestehen. Zwischen den Interessen der Landwirtschaft und des Handels werde es hoffentlich zur Verständigung kommen.

Abg. v. Czarlinski (Pole) erklärt die gestrigen Ausführungen des Kultusministers in der Polenfrage, wenn sie nicht bewiesen werden könnten, für eine niederträchtige Verleumdung. Er kündigt einen Antrag auf Abschaffung der Distriktskommissare an.

Vizepräsident Krause ruft den Redner wegen dieser schweren Beleidigung zur Ordnung.

Finanzminister Miquel stellt fest, daß die polnische Presse in wachsender Schärfe, Bitterkeit, fast Bosheit den preussischen Staat nicht bloß als fremden, sondern als feindlichen Staat behandle. Zu den Zielen, welche die polnische Agitation damit verfolge, würden aber die Polen nie kommen.

Kultusminister Boffe führt aus, daß die polnischen Abgeordneten hier die Geduld des Hauses oft genug gemißbraucht hätten, weist die Unterstellung zurück, als habe er seine Stellung in der

Polenpolitik gewechselt, und betont die nationalen Aufgaben, welche die Regierung dem Polenthum gegenüber mit Gerechtigkeit, aber auch mit Strenge zu erfüllen habe.

Die Debatte wird geschlossen und der Etat der Budgetkommission überwiesen, welche für die Denkschrift über die Befoldungsaufbesserungen um 7 Mitglieder verstärkt werden soll.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Erste Lesung des Richterbefoldungsgesetzes; dritte Lesung des Staatsschuldenentilgungsgesetzes und kleine Vorlagen.

## Deutscher Reichstag.

158. Sitzung am 21. Januar. 1 Uhr.

In der heutigen Sitzung wurde die Berathung des Etats des Reichsschatzamts fortgesetzt.

Abg. Sipe (Ctr.) spricht wegen der Ablehnung des Quebrachholzzolles durch den Bundesrath sein Bedauern aus. Er gebe aber noch nicht die Hoffnung auf. Das Interesse der Besitzer von Eichenhälwäldungen, sowie der kleinen Gerbereien erheische dringend diesen Zoll.

Abg. Gerstenberger (Ctr.) tritt ebenfalls für Einführung des Quebrachholzzolles ein, indem er betont, daß der Zoll im Interesse der kleinen bayerischen Gerber und zum Schutze derselben gegen die norddeutschen Großgerbereien nothwendig sei.

Abg. Hilbert (b. k. F.) meint, daß der Widerstand des Bundesraths gegen diesen Zoll bei den theilnehmenden Gewerbetreibenden die größte Erbitterung hervorgerufen habe.

Abg. Fischbeck (freis. Volksp.) ist dagegen von der gestrigen Erklärung des Staatssekretärs befriedigt. Die Gründlichkeit, mit der der Bundesrath die Sache berathen habe, verbürge es, daß wir nunmehr auf lange Zeit gegen einen solchen Zoll gesichert seien, was der Lederindustrie nur zur Verhütung dienen könne.

Staatssekretär Graf Rosadowsky betont, daß den Eichenhälwäldbesitzern durch einen Quebrachzoll doch nicht wirksam zu helfen wäre, denn dann würden statt des Quebrachholzes die bis zu 80 v. H. Gerbstoff enthaltenden Extrakte eingeführt werden. Und darauf, daß die Vertragsstaaten mit einem hohen Zoll auf diese Extrakte einverstanden wären, sei nicht zu rechnen. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, würde vom Auslande das mit Quebracho gegerbte Leder eingeführt werden, und dagegen gäbe es für die Dauer der Handelsverträge keinen Schutz. Nach Ablauf der Verträge würden die verbündeten Regierungen diese Frage ernst prüfen.

Abg. v. Salisch (Konj.) hebt hervor, daß er aus den Ausführungen des Staatssekretärs den

Eindruck gewonnen habe, daß die Prüfung f. Zt. auch eine wohlwollende sein werde.

Abg. Beckh (frei. Volksp.) weist auf das Interesse der Arbeiter gegen jede Beeinträchtigung der Lederindustrie durch Zölle hin.

Abg. Febr. v. Stumm (Reichsp.) tritt nochmals für den Quebrachholz Zoll ein und bezeichnet im Laufe seiner Ausführungen die von dem Abg. Friedberg im Abgeordnetenhaus aufgestellte Behauptung, daß im Herrenhause Handel und Industrie nicht genügend vertreten seien, als unzutreffend.

Abg. Barth (frei. Ver.) bedauert, daß der Staatssekretär, welcher gestern die nachtheiligen wirtschaftlichen Folgen des Quebrachholzzolles betont habe, heute für eine spätere Zeit eine ernste Prüfung dieser Zollfrage zugesagt habe. Zu befürchten sei, daß nunmehr diese Agitation für jenen Zoll erst recht nicht nachlassen werde und ebenso die Agitation gegen die Handelsverträge.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, daß, wenn eine große Majorität des Hauses einen Schutz dieser Art verlange, es sich doch von selbst versteht, daß man dieses Verlangen bei Ablauf der Handelsverträge ernst prüfen werde. Neue Handelsverträge könnten doch niemals eine bloße Abschrift der früheren sein. Unser Tarif sei wenig spezialisiert, wodurch wir anderen Staaten gegenüber im Nachtheil seien. Unser neuer autonomer Tarif werde daher mehr spezialisiert werden.

Abg. Graf v. Kanitz (kons.) ist überzeugt, daß sich keinesfalls eine Mehrheit für eine einfache Verlängerung der jetzigen Handelsverträge finden werde. Wichtig sei auch, daß unser jetziger Tarif zu viele Lücken habe, um in seiner jetzigen Form weiter bestehen zu können. Er meine jedoch, daß der Zoll auf Leder in unseren Verträgen nicht gebunden sei, mit alleiniger Ausnahme von Sohlleder.

Abg. Barth (frei. Ver.) entgegnet dem Vorredner bezüglich der Verlängerung der Handelsverträge, er müge doch die Verträge zur Wahlprobe für die nächsten Reichstagswahlen machen. Er, Redner, sei überzeugt, daß dann mehr Abgeordnete von der Linken als von der Rechten wiederkehren würden.

Abg. Molkenbuhl (sozdem.) erklärt sich vom Standpunkt der Arbeiter der Lederindustrie gegen den Quebrachzoll.

Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkt auf eine Aeußerung des Vorredners, wie die Einzelstaaten die ihnen als Entgelt für die Zollerhebung zugewiesenen Pauschquantum verwendeten, gehöre nicht zur Kompetenz des Reiches.

Darauf wird die Resolution Hammacher, betr. Errichtung von Behörden zur Erledigung von Zollstreitigkeiten angenommen und der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ genehmigt.

Bei dem Titel „Beitrag zu den laufenden Ausgaben der Universität Straßburg“ kommt Abg. Lieber (Ctr.) im reichsdeutschen Interesse auf die Relegation von Studenten in Straßburg zu sprechen. Man dürfe den französischen Hekern auch nicht einen Schatten von Vorwand geben.

Gef. Rath Kalleh führt aus, daß die Universitätsbehörden in solchen Disziplinarfällen ganz selbstverständlich seien. Die Sache habe

ursprünglich mit einem ganz gewöhnlichen Studentenstreik begonnen. Er gebe zu, daß die Bestrafung hart gewesen, wodurch die Erregung in der Bevölkerung entstanden sei. Der Redner macht noch nähere Mittheilungen über den Verlauf der Angelegenheit und betont, die jungen Herren hätten sich schieben lassen und im ganzen eine wenig würdige Rolle gespielt.

Abg. Hoefel (Reichsp.) billigt den Erlaß des Rectors. Er sei überzeugt, daß die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen nicht schlechter, sondern besser geworden seien. Die Universität werde nicht bloß eine Pflanzstätte deutscher Wissenschaft bleiben, sondern auch eine Brücke zur Versöhnung zwischen zwei Völkern werden, die wirtschaftlich und politisch auf einander angewiesen seien.

Abg. Lieber (Ctr.) hebt demgegenüber hervor, daß nach Angabe eines großen deutschen Blattes die Absonderung der elsässischen jungen Welt von den Reichsdeutschen im Wachsen sei.

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenso der Rest des Etats des Reichsschatkammes.

Es folgt die Weiterberathung des Etats des Reichsamts des Innern. Bei dem Titel „Kosten und Anlaß der Bethheiligung des Reiches an der Weltausstellung zu Paris im Jahre 1900“ führt Gef. Rath Richter aus, daß der Platz, den Deutschland erhalten werde, kleiner sei als der, den wir in Chicago hatten. Wir würden deshalb nur wirklich bedeutendes ausstellen müssen und nicht den Fehler begehen dürfen, marktgängige Waare nach Paris zu schicken. Das Schlagwort für die deutschen Waaren laute immer „billig und schlecht“, und das habe der deutschen Industrie sehr geschadet. Durch die Beschickung der Pariser Ausstellung könnten wir dieses Vorurtheil beseitigen. Es sollten sich Komitees aus Sachverständigen aller Industriezweige bilden und mit dem Reichskommissariate behufs Verständigung in Verbindung treten.

Abg. Lieber (Ctr.) begrüßt mit Freude die Bethheiligung des Reiches an der Pariser Ausstellung; er werde gern die Unterstützungssumme bewilligen. Diese Bethheiligung sei ein erfreuliches Zeichen für die friedlichen Beziehungen beider Länder und zeige, daß sich die deutsche Industrie vor niemandem zu schämen brauche.

Staatsminister von Boetticher führt aus, daß uns die französischen Behörden das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt und sich bereit erklärt hätten, alles zu thun, um unseren Wünschen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel nachzukommen. Er, Redner, hoffe, daß es uns gelingen werde, auch in Paris, ebenso wie in Chicago, eine gute Ausstellung zu schaffen, um den Ruf der deutschen Industrie zu befestigen und zu erhöhen. Er möchte die Befürchtungen, die sich an die Platzfrage knüpfen könnten, doch zertreten. Es käme nicht darauf an, daß jeder, der auf einem Gebiet etwas leiste, sich an der Ausstellung beteilige. Das nationale und wirtschaftliche Interesse erfordere es, daß wir nur das ausstellen, was wir für ausstellungswürdig halten und wovon wir glauben, daß es der deutschen Arbeit neue Kunden zuführen könne.

Bei dem Titel „Untersuchungen zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche“ verlangen die Abgg. Franz (natlib.), Graf zu Inn- und Rupp-

hausen (kons.) und Fritzen (Ctr.) strenge Quarantänemaßregeln.

Staatsminister von Boetticher erwidert, daß es zu den ernstesten Aufgaben der Verwaltung gehöre, dieser Seuche einen Damm entgegenzusetzen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung; erste Lesung der Unfallversicherungsvorlage.

### Localnachrichten.

Thorn, 22. Januar 1897.

(Herr von Puttkamer = Plauth), welcher den Vorsitz im Bunde der Landwirthe für Westpreußen niedergelegt hat, schreibt dazu der „Elbersfelder Zeitung“: „Ich hoffe, daß niemand dies so auffassen wird, als ob ich der Bundes Sache untreu werden wollte. Lediglich die Rücksicht auf meine Gesundheit und die vielen anderweitigen Aemter legen mir den Entschluß nahe, an einen Rücktritt zu denken. In meinen Augen liegt zu irgend einem Gegenatz zwischen „konservativ“ und „Bund der Landwirthe“ kein Grund vor. Im Gegentheil verpnehe ich mir von der Wirksamkeit des Bundes den meisten Erfolg, wenn derselbe in konservativ-monarchischem Sinne geleitet wird.“

(Bezüglich des unlauteren Wettbewerbes) im Buchdruckerei-Betriebe ist kürzlich eine Entscheidung dahin ergangen, daß die Firmenangabe auf Druckformularen, als unter das Gesetz fallend, strafbar ist, wenn die auf Formularen als Lieferant angegebene Firma nicht selbstständig Buchdruckerei betreibt. — Das Schöffengericht in Berlin verurtheilte vor einiger Zeit den dortigen Herausgeber der „Deutschen Armee-Zeitung“ Wilhelm Krahl wegen Zeitungs-Anschlage-Schwunders zu sechs Monaten Gefängniß.

(Städtisches Museum.) Im städtischen Museum findet am Sonntag den 24. d. Mts. von 11 bis 1 Uhr eine Ausstellung von Originalholzschnitten aus dem 15. bis 17. Jahrhundert statt. Das 15. Jahrhundert wird vertreten sein durch die reich mit Holzschnitten illustrierte Weltchronik von Hermann Schedel, Nürnberg 1493 (Eigenthum der königlichen Gymnasialbibliothek zu Thorn). Die Holzschnitte sind von Michael Wohlgenuth und Wilhelm Plehdenwurf. Wir finden unter ihnen z. B. die typische Darstellung des Kaisers mit den sieben Kurfürsten, wie sie noch auf dem Siebentürfürstenbecher der Fleischerninnung von ca. 1650 wiederkehrt. Einbanddecke und Beschlüge des Werkes sind spätgothisch. Von Albrecht Dürer, dem Schüler Wohlgenuths, sind in unseren öffentlichen Sammlungen keine Originalholzschnitte vorhanden. Seine Leistungen auf diesem Gebiete werden durch einige Reproduktionen aus dem Marienleben, der großen Passion und der kleinen Passion veranschaulicht. Dieses Bild wird vervollständig durch die im vorigen Jahre im städtischen Museum aufgefundenen Holzschnitte des Monogrammisten C S (vermuthlich des Görlicher Formschneiders Crispin Scharfenberg) zu der Passionsgeschichte Jesu aus den Jahren 1555 bis 1566. Erhalten sind 26 Blatt, von denen 20

wohlgelungene und ziemlich getreue Kopien nach Dürers kleiner Passion (1511) sind. Diese Holzschnitte scheinen äußerst selten zu sein, sie sind bisher anderswo nicht ermittelt worden. Es werden ferner ausgestellt ein Kalender mit Holzschnitten (Straßburg 1518), die Bescheidenheit des Freidank mit Illustrationen und Zierleisten (Worms 1539), ein seiner Zeit viel gelesenes Buch, und eine polnische Bibel (Krafaun 1577) — alle drei Werke aus der Gymnasialbibliothek. Diese Bibel ist von Nikolaus Scharffenberger gedruckt und eine der ältesten polnischen Bibelansgaben überhaupt. Die in ihr befindlichen Holzschnitte zur Passionsgeschichte sind zum Theil nach Dürer. Die messingnen Beschlüge sind spätgothisch, die Schließen haben Renaissanceformen. In der Danziger Stadtbibliothek befindet sich die aus derselben Druckerei hervorgegangene Ausgabe von 1575, von der sich die obige nur durch Titel und Vorwort unterscheidet. Da Heinrich von Valois, dem die ältere Ausgabe gewidmet ist, inzwischen aus Polen geflohen war, so schien eine neue Ausgabe mit einer Widmung an Stephan Bathori erforderlich. Dem 17. Jahrhundert gehören an 64 Holzschnitte zur Evangeliengeschichte (aus dem Rathssarchiv). Die darin vorkommenden Monogrammisten J M und H H sind unbekannt; doch ist nicht unmöglich, daß der erstgenannte mit dem Monogrammisten J M identisch ist, von dem im Germanischen Museum einige Holzstücke aus der Zeit von ca. 1670—1690 aufbewahrt werden. Schließlich werden die reich illustrierten Kataloge, sowie ein Atlas der im Germanischen Museum vorhandenen Holzstücke vom 15. bis 18. Jahrhundert ausgestellt. Die kleine Sammlung von Originalholzschnitten im städtischen Museum kann, da andere Museen im Osten solche anscheinend nicht gesammelt haben, einen gewissen Werth beanspruchen. Es sind Initialen, Zierleisten, Holzstücke zu merkantilen Zwecken u. a.

Verantwortlich für die Redaktion: Heinrich Wartmann in Thorn.

**Zurückgesetzte Stoffe im Ausverkauf.**

6 Meter Belfort Winterstoff zum Kleid für 2,40 Mk.,	6 „ Damentuch, solider Qualität, zum Kleid für 3,30 „
7 „ Levantine, garantiert waschecht, zum Kleid für 2,80 „	6 „ Flanell, bedruckt, „ „ 4,80 „
6 „ Cheviots Diagonal, solider Qualität, zum Kleid für 4,50 „	

**Gelegenheitskäufe in Woll- und Waschstoffen**  
 — zu reduzierten Preisen —  
 versenden in einzelnen Metern, Roben, sowie ganzen Stücken franko ins Haus, Muster auf Verlangen umgehend

**OETTINGER & Co., Frankfurt a. Main.**  
 Abtheilung für Herrenkleiderstoffe:  
 Buxkin zum ganzen Anzug für **4,05** Mk.,  
 Cheviots „ „ „ **5,85** „